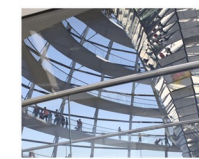
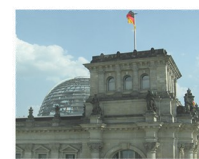




Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

13. Dezember 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

man hält sich an das, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist – das wissen auch die Delegierten auf dem CDU-Parteitag. Deshalb ist der dort gefasste Beschluss zur Rücknahme des Doppelpasses auch ein so durchsichtiges Manöver. Dazu kommt: **Doppelstaatlichkeit ist kein Problem – und erst recht keine Bedrohung.** Im Gegenteil. Sie ist wichtig für das Zugehörigkeitsgefühl sehr vieler junger Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Es wäre ein wirklicher Rückschlag, ihnen zu bedeuten: So wie ihr sein wollt, gehört ihr nicht hierher. Damit spielt man nicht – auch nicht, um bei der AfD Wählerstimmen zu fischen oder der Vorsitzenden Frau Merkel eins auszuwischen.

Aber zurück in diese Woche: **Die letzte Sitzungswoche des Jahres 2016 hat begonnen.** Die Tagesordnung ist lang, zwei Themen habe ich auf den folgenden Seiten ein bisschen näher erläutert.

Aber in der letzten Sitzungswoche des Jahres ist auch eine kleine **Bilanz des Zurückliegenden** Pflicht: In dieser Legislaturperiode haben wir wichtige Vorhaben umgesetzt: zum Beispiel die Einführung des **Mindestlohns**, wir haben für **mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze** gesorgt, einen **Haushalt ohne neue Schulden** geschaffen und erstmals verbindliche **Regeln für Integration** verankert. Gleichzeitig investieren wir Milliarden in den **sozialen Wohnungsbau**, in **Verkehrswege, Klimaschutz** und **Bildung**. Nochmal nachlesen kann man das übrigens in dieser druckfrischen Broschüre: [Gesagt, getan, gerecht – Bilanz 2013-2016!](#)

Im neuen Jahr geht's weiter. Denn es gibt noch einiges, was wir vor der Bundestagswahl erreichen wollen: **Verbesserungen bei der Rente und für Alleinerziehende, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, einen besseren Schutz für Mieterinnen und Mieter** und nicht zuletzt das **Einwanderungsgesetz**.

Bei der Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion am 12./13. Januar wird das alles aufs Gleis gesetzt!

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

+++ Veranstaltungstipp +++

Science-Slam-Festival 2016

Poetry-Slam kennen viele. Aber was ist Science-Slam? Eine Darmstädter Erfindung: Ein interdisziplinärer Wettbewerb für wissenschaftliche Kurzvorträge, von Experten allgemeinverständlich auf die Bühne gebracht! In diesen Tagen feiert er das zehnjährige Jubiläum. Deshalb gibt es ein ganzes Science-Slam-Festival und morgen laden Schader-Stiftung und ESA zum „**Space-Slam**“ ein. Unter anderem wird **Jan Wörner, Präsident der Deutschen Raumfahrtgesellschaft**, seine Vision vom „Moon Village“ in einem Gastbeitrag vorstellen – das lohnt sich bestimmt!

14. Dezember um 19 Uhr in der Schader-Stiftung, Goethestraße 2, 64285 Darmstadt.

Der Eintritt ist frei.

Das Programm und noch weitere Informationen gibt es [hier!](#)



Durchschnittliche Nährwerte	pro 100 ml	pro Portion = 250 ml	% RI* pro Portion
Brennwert	198 kJ 47 kcal	496 kJ 118 kcal	6 % 5 %
Fett	1,5 g	3,8 g	5 %
davon gesättigte			
Fettsäuren	1,1 g	2,8 g	14 %
Kohlenhydrate	5,0 g	12,5 g	5 %
davon Zucker	5,0 g	12,5 g	14 %
Eiweiß	3,4 g	8,5 g	17 %
Salz	0,11 g	0,28 g	5 %

*Referenzmenge für einen durchschnittlichen Erwachsenen (8400 kJ/2000 kcal).
Enthält 4 Portionen.

Übrigens immer einen Klick wert:
Das Informationsportal lebensmittelklarheit.de!

+++ 18. Dezember+++

Tag der Migranten

Heute leben **mehr als 232 Millionen Migrantinnen und Migranten auf der Welt** – so viele, wie nie zuvor. Sie verlassen ihre Heimat wegen Krieg, aus Unzufriedenheit mit der Politik, Angst vor Diskriminierung oder wegen der Hoffnung auf eine bessere Perspektive woanders. Durch die Globalisierung und die größere Mobilität ergeben sich mehr Möglichkeiten und die Zahl der Migranten steigt.

Aber auch in der neuen Heimat warten oft Schwierigkeiten: mangelnde Integration, Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen und Fremdenfeindlichkeit. Daher ist es wichtig, sich der Probleme anzunehmen und sie öffentlich zu thematisieren.

2001 hat die UN-Generalversammlung den **18. Dezember zum Tag der Migranten erklärt**. Er soll auf die Rechte von Migranten und die Chancen und Probleme, die im Zusammenhang mit Migration stehen, aufmerksam machen.

Ernährungspolitischer Bericht – Klarheit und Wahrheit für Verbraucher

Am Freitagmorgen wird der Ernährungspolitische Bericht der Bundesregierung 2016 vorgestellt. Darin werden die **Grundlagen, Ziele und die bundes- und europapolitischen Maßnahmen auf den Gebieten von Ernährung und damit verbundenem Verbraucherschutz** dargestellt. Es geht um die **Sicherheit von Lebensmitteln**, die **korrekte Information der Verbraucher** bzw. deren **Schutz vor Irreführung**, um **nachhaltigen Konsum** und um sinnvolle Maßnahmen zur Förderung des Wissens um eine **gesunde und ausgewogene Ernährung**. Außerdem beschäftigt sich der Bericht mit den Herausforderungen, die die wachsende Weltbevölkerung mit sich bringt: Bis 2050 werden wahrscheinlich statt derzeit sieben dann neun Milliarden Menschen auf unserem Planeten leben. Und alle brauchen einen Zugang zu sicheren Lebensmitteln und sauberem Wasser. Das zu ermöglichen, wird eine immer schwierigere Aufgabe.

Wir alle entscheiden immer wieder aufs Neue, was und wieviel wir essen. Und wenigstens im Hinterkopf schwingt dabei der Gedanke mit: Ist das jetzt gut für mich? Diese Stimme meldet sich in der Advents- und Weihnachtszeit wahrscheinlich sogar ein bisschen öfter als sonst... Manches ist klar: Wer sich nur von Weihnachtsgans mit Klößen und von Keksen und Schokolade ernährt, muss langfristig davon ausgehen, seiner Gesundheit zu schaden. Aber was ist mit den versteckten Gefahren? **Wir wollen sicher sein können, dass unsere Lebensmittel ungefährlich sind, dass das Trinkwasser sauber ist und dass auch Produkte, die sehr nah an uns herankommen – wie Spielwaren oder Kosmetika – chemisch unbedenklich sind.**

Selber nachprüfen können wir das nicht. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Umweltministerium und das Gesundheitsministerium teilen sich die Verantwortung dafür. Die verschiedenen Maßnahmen, die ergriffen werden, um uns Verbraucher besser zu informieren und zu schützen, kann man in dem Bericht jetzt [nachlesen](#).

Seit heute gilt übrigens auch die **EU-Lebensmittelinformationsverordnung**: Auf verpackte Lebensmittel muss eine einheitliche Nährwerttabelle. Lebensmittelimitate müssen genauer beschrieben werden und Fleischerzeugnisse, die aus Stücken zusammengefügt wurden, müssen einen solchen Hinweis tragen.

Am Freitag stellen wir außerdem noch den Antrag, **vegane und vegetarische Lebensmittel besser zu kennzeichnen**. Denn hier herrscht noch besonders viel Verbesserungsbedarf. In kurzer Zeit ist ein sehr großer und lukrativer Markt für diese Produkte entstanden und die Kennzeichnung hält damit nicht Schritt. Deshalb brauchen wir endlich einheitliche Kriterien für die freiwilligen Bezeichnungen „vegetarisch“ oder „vegan“. Denn **wir wollen uns darauf verlassen können, dass draufsteht, was drin ist – bzw. nicht drin ist!**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Finanzierung der Kosten des Atomausstiegs – wer zahlt was bei Rückbau und Entsorgung?

Wir erinnern uns: Den unter rot-grüner Regierungszeit ausgehandelten Ausstieg aus der Atomenergie wollten Union und FDP im Sinne der Atomkonzerne wieder aufheben und die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern.

Das haben sie im Jahr 2010 dann auch getan. Erst durch den parlamentarischen und öffentlichen Druck infolge des Unfalls von Fukushima im Frühjahr 2011 lenkte die schwarz-gelbe Regierung ein: Der Atomausstieg ist seither endlich beschlossene Sache – mit fraktionsübergreifender Zustimmung zu einem entsprechenden Gesetz.

Spätestens Ende 2022 wird das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Die vor längerer Zeit abgeschalteten Atomkraftwerke werden bereits zurückgebaut, und für fast alle der seit 2011 stillgelegten Atomkraftwerke ist der Rückbau schon beantragt.

Und diese Woche steht ein **Gesetzentwurf der Bundesregierung** auf der Tagesordnung – prominent am Donnerstagvormittag – der sich mit der „kerntechnischen Entsorgung“ beschäftigt, also mit dem **fachgerechten Umgang mit den radioaktiven Abfällen und mit der Finanzierung von Stilllegung und Rückbau** der Atomanlagen. Der Gesetzentwurf setzt die Empfehlungen einer Kommission um, die sich intensiv mit der Finanzierung des Kernenergieausstiegs beschäftigt hat.

Grundsätzlich gilt: **Die Betreiber der Kraftwerke sollen auch zukünftig für die Abwicklung und die Finanzierung der Stilllegung, des Rückbaus und der fachgerechten Verpackung der Abfälle zuständig bleiben. Der Bund allerdings wird die Verantwortung für Zwischen- und Endlagerung tragen.** Dazu stellen die Betreiber dem Bund 17,3 Milliarden Euro (plus einen Risikozuschlag von 6,1 Milliarden Euro) zur Verfügung. Dieses Geld wird in einen Fonds eingezahlt, der es anlegt und auszahlt.

Ich meine, damit haben wir eine Lösung gefunden, die beides ist: gesellschaftlich verantwortungsvoll und für alle Seiten sicher planbar. Damit können wir die langjährigen Auseinandersetzungen beenden und die sinnvolle, fachgerechte Abwicklung des Ausstiegs weiterführen.